

Der Bundesvoranschlag 1977

Der *Bundesvoranschlag*¹⁾ für das Jahr 1977 sieht im *Grundbudget* Ausgaben von 240,77 Mrd. S und Einnahmen von 197,21 Mrd. S vor, woraus sich ein Gebarungsabgang von 43,56 Mrd. S ergibt. Neben dem Grundbudget ist, wie in den Vorjahren, ein *Konjunkturausgleichshaushalt* vorgesehen, der Ausgaben von insgesamt 6,38 Mrd. S enthält, wovon 2,79 Mrd. S auf die Stabilisierungsquote und 3,59 Mrd. S auf das Konjunkturbelebungsprogramm entfallen.

Übersicht 1

Der Bundesvoranschlag 1977

	1975 Erfolg ¹⁾	1976 Schätzung ²⁾	1977 BVA ³⁾	Veränderung 1977 gegen 1976 in %
	Mrd. S			
Gesamtausgaben	196,7	225,0	240,8	+ 7,0
Gesamteinnahmen	159,5	179,0	197,2	+10,2
Brutto-Gebarungsabgang	37,2	46,0	43,6	- 5,2
Inlandwirksamer Saldo	26,1	27,0	27,6	+ 2,2

¹⁾ Einschließlich der freigegebenen Mittel aus dem Konjunkturausgleichshaushalt sowie der Mehrausgaben auf Grund der Budgetüberschreitungs-gesetze und sonstiger Überschreitungen — ²⁾ Einschließlich der teilweisen Freigabe der Stabilisierungsquote in Höhe von 3 Mrd. S sowie der voraussichtlichen Mehrausgaben auf Grund des Budgetüberschreitungs-gesetzes und sonstiger Überschreitungen — ³⁾ Nur Grundbudget

Der Bundeshaushalt 1977 wird nur mehr neun statt bisher zehn Bundesbetriebe enthalten. Die drei *Bundesapotheken* (bisher Kapitel 72) werden aus dem Bundeshaushalt ausgegliedert, weil sie verpachtet bzw. stillgelegt wurden. Die Vergleichbarkeit des Bundeshaushalts 1977 mit jenen der Vorjahre wird dadurch kaum gestört, weil der Anteil der Einnahmen und Ausgaben der Apotheken zuletzt unter 0,01% der gesamten Einnahmen und Ausgaben des Bundes lag. Auch für den Gebarungsabgang ist diese Änderung ohne Bedeutung.

Geringere Inanspruchnahme des Produktionspotentials durch den Bund

Obgleich dem Bruttodefizit im allgemeinen große Aufmerksamkeit zugewendet wird, ist es ein wenig geeigneter Maßstab, den Einfluß des Bundeshaushalts auf die Inlandsnachfrage zu beurteilen. Um die Auswirkungen des Bundesvoranschlages abschätzen zu können, empfiehlt es sich, die Veränderungen in

¹⁾ Dieser Aufsatz stützt sich auf die Regierungsvorlage. Allfällige Änderungen, die in den parlamentarischen Beratungen beschlossen werden, konnten nicht mehr berücksichtigt werden.

der Inanspruchnahme des Produktionspotentials durch die Ausgaben des Bundes und des gewichteten Budgetsaldos, der die unterschiedlichen Nachfrage- und Entzugseffekte der Einnahmen und Ausgaben berücksichtigt, zu untersuchen.

Eine Untersuchung des Bundesvoranschlages 1977 muß berücksichtigen, daß sich die weitere *Konjunktur-entwicklung* schwer abschätzen läßt. Es wird zwar für 1977 mit einer Wachstumsrate des realen Brutto-Nationalprodukts gerechnet, die dem mittelfristigen Trend 1970 bis 1974 nahe kommt, die Kapazitätsauslastung wird aber erheblich unter dem Durchschnitt der Jahre 1970/1974 bleiben und nicht nennenswert besser als 1975 und 1976 sein.

Es scheint zweckmäßiger zu sein, die Auswirkungen des Bundesvoranschlages 1977 am *voraussichtlichen Ergebnis* für 1976 als am Voranschlag 1976 zu messen, weil in diesem Jahr die veranschlagten Ausgaben um etwa 10 Mrd. S überschritten werden und bei den Einnahmen mit Verschiebungen zwischen den einzelnen Kategorien zu rechnen ist. Ein solcher Vergleich ist zwar mit einem gewissen Fehler-spielraum behaftet, weil für 1976 Schätzungen notwendig sind, er läßt aber besser als eine Gegenüberstellung mit dem Voranschlag 1976 erkennen, wie der Voranschlag 1977 auf die inländische Nachfrage wirkt, wobei zwei verschiedene Annahmen möglich sind. Erstens das Grundbudget wird nicht überschritten, zweitens die Stabilisierungsquote bzw. der gesamte Konjunkturausgleichshaushalt wird freigegeben.

Übersicht 2

Potential Output und Bundeshaushalt

	1974 Erfolg	1975 Erfolg	1976 Schätzung	1977 BVA
	Anteil am Potential Output ohne Land- und Forstwirtschaft			
Inlandwirksame Ausgaben	25,4	27,4	27,1	26,5
Steuern (brutto)	23,5	22,3	22,0	22,3
Steuern (netto)	14,8	14,1	13,9	14,1

Der Bund wird 1977 durch die inlandnachfragewirksamen Ausgaben des Grundbudgets das Produktionspotential weniger in Anspruch nehmen als in den beiden vorangegangenen Jahren. Der Anteil wird mit 26,5% um rund 1 Prozentpunkt geringer sein als 1975 und auch unter jenem des Jahres 1976 liegen. Die Entzugseffekte durch die Besteuerung werden hingegen verglichen mit 1976 voraussicht-

lich leicht zu nehmen (0,2 Prozentpunkte) und etwa gleich groß sein wie 1975. Im Grundbudget läßt sich daher der Versuch erkennen, die stark expansiven Effekte, die 1975/76 vom Budget ausgingen, abzubauen und der inländischen Nachfrage keine zusätzlichen Impulse zu geben.

Veränderung der Budgetsalden Übersicht 3

	1975 Erfolg	1976 Schätzung	1977 BYA
	Veränderung gegen das Vorjahr in Mrd S		
Saldo der Bruttogebahrung	+18,7	+8,8	-2,4
Saldo der nachfragewirksamen Gebahrung (ungewichtet)	+17,9	+3,1	-1,2
Saldo der nachfragewirksamen Gebahrung (gewichtet)	+14,8	+2,4	+2,0

(+) = Erhöhung des Defizites
(-) = Verringerung des Defizites

Diese Tendenz wird auch durch die Veränderung des gewichteten Budgetsaldos¹⁾ bestätigt, der im Vergleich zu 1976 leicht zurückgeht. Gemessen am Brutto-Nationalprodukt verringert er sich auf 6% (1976 6,3%). Ein Vergleich mit dem ungewichteten Saldo läßt aber erkennen, daß sich die Ausgaben und Einnahmen zu jenen Kategorien mit größeren Nachfrage- bzw. geringeren Entzugseffekten verschieben. Die dämpfenden Effekte dürften daher etwas geringer sein als auf Grund der geringeren Inanspruchnahme des Produktionspotentials anzunehmen wäre.

Sollte die Stabilisierungsquote zusätzlich freigegeben werden — ob dies der Fall sein wird, läßt sich derzeit allerdings nicht abschätzen, selbst wenn man unterstellt, die gesetzliche Voraussetzung wäre erfüllt, daß freie Kapazitäten zur Verfügung stünden —, dann würde das Produktionspotential etwa im gleichen Ausmaß genützt wie 1976. Auch die Saldenveränderungen lassen erkennen, daß unter Berücksichtigung der Stabilisierungsquote mit gleichen Auswirkungen wie im laufenden Jahr zu rechnen ist. Der gewichtete Saldo wäre mit 6,3% bezogen auf das Brutto-Nationalprodukt genauso groß wie 1976. Wenn der gesamte Konjunkturausgleichshaushalt zum Einsatz käme, wäre hingegen mit etwa den gleichen expansiven Wirkungen wie 1975 zu rechnen. In diesem Fall würde die Zielsetzung der Konsolidierung zugunsten weiterer Nachfrageimpulse aus dem Bundeshaushalt aufgegeben werden.

¹⁾ Die verwendeten Gewichte entsprechen in ihrer Größenordnung jenen, die bereits bei der Untersuchung des Bundeshaushalts 1975 verwendet wurden. Siehe: G. Lehner-A. Stanzel: Wirtschaftsprognosen, Rezession und Budgetentwicklung, Monatsberichte 8/1976.

Gegenläufige Faktoren bei den Einnahmen

Ogleich für 1977 Mehreinnahmen aus Steuer- und Tarifierhöhungen sowie der Progressionswirkung der Lohnsteuer zu erwarten sind, dürften die gesamten Einnahmen des Bundes mit 10,2% etwas schwächer wachsen als das Brutto-Nationalprodukt. Dieses etwas überraschende Ergebnis ist einerseits darauf zurückzuführen, daß bei den Steuern auch dämpfende Effekte wirksam werden und andererseits die sonstigen Einnahmen, insbesondere wegen der geringeren Erträge aus dem Münzgewinn, rückläufig sein dürften.

Gesamteinnahmen Übersicht 4

	1975 Erfolg	1976 Schätzung	1977 BYA	Veränderung 1977 gegen 1976 in %
	Mrd S			
Steuern (netto)	93,8	103,8	117,4	+13,1
Steuerähnliche Einnahmen ¹⁾	21,5	23,7	26,6	+12,2
Betriebseinnahmen	31,4	35,1	39,2	+11,7
Sonstige	12,8	16,4	14,0	-14,6
Gesamteinnahmen	159,5	179,0	197,2	+10,2
	In % der Gesamteinnahmen			
Steuern (netto)	58,8	58,0	59,5	
Steuerähnliche Einnahmen ¹⁾	13,5	13,2	13,5	
Betriebseinnahmen	19,7	19,6	19,9	
Sonstige	8,0	9,2	7,1	
Gesamteinnahmen	100,0	100,0	100,0	

¹⁾ Einschließlich Beitrag an den Katastrophenfonds

Die Entwicklung der *Bundeseinnahmen* ist von zwei *Strukturschwächen* geprägt. Erstens sind die Aufkommenselastizitäten sowohl der Steuern als auch der Tarife der Betriebe über einen längeren Zeitraum rückläufig. Zweitens verschiebt sich das Steueraufkommen stärker zu den gemeinschaftlichen Bundesabgaben. Die beschlossenen Steuer- und Tarifierhöhungen sollen dazu beitragen, diese Entwicklungen zu stoppen oder zumindest zu bremsen und damit die Konsolidierung des Defizites zu erleichtern. Die Steuererhöhungen betreffen daher ausschließlich Bundesabgaben (Vermögenssteuer, Gebühren), auch die neu eingeführte Bundeskraftfahr-

Steuereinnahmen (Brutto) Übersicht 5

	1975 Erfolg	1976 Schätzung	1977 BYA	Veränderung 1977 gegen 1976 in %
	Mrd S			
Steuern				
vom Einkommen	62,6	66,2	77,1	+16,5
von der Einkommensverwendung	75,4	87,6	97,1	+10,8
von Vermögen und Vermögensverkehr	4,6	5,2	6,2	+19,2
von Einfuhren	6,4	5,8	5,6	-3,4
Summe	149,0	164,8	186,0	+12,8

zeugsteuer ist eine ausschließliche — allerdings zweckgebundene — Bundesabgabe. Ebenso fließen die Mehreinnahmen aus den Tarifierhöhungen der Betriebe zur Gänze in den Bundeshaushalt.

Dennoch dürften die mit den *Steuer- und Tarifierhöhungen* angestrebten Zielsetzungen nur teilweise erreicht werden, weil auch gegenläufige Faktoren wirksam werden. Geht man von den für 1977 präliminierten Einnahmen aus, die auf Grund der zum Zeitpunkt der Prognose bekannten Informationen realistisch geschätzt sind, dann dürften die Mehreinnahmen aus den Steuererhöhungen und der Einführung der Bundeskraftfahrzeugsteuer für 1977 etwas mehr als 3 Mrd. S betragen. Diesen zusätzlichen Einnahmen stehen Ausfälle aus der Zollsenkung, die durchschnittliche Zollbelastung der Importe wird sich von 2,5% (1976) auf 2,1% (1977) reduzieren, und der Aussetzung der Investitionssteuer gegenüber. Die Mindereinnahmen lassen sich insgesamt auf etwas mehr als 2 Mrd. S schätzen.

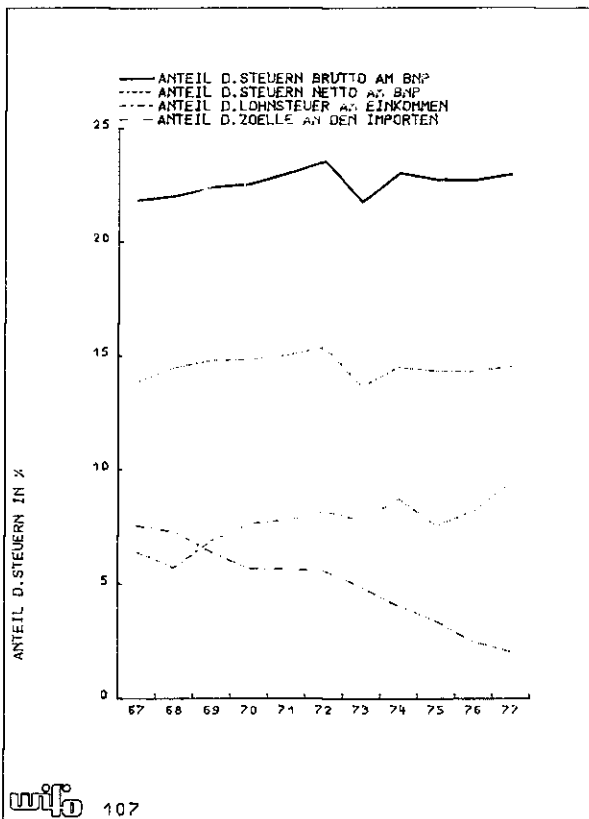
einkommen mit Lohnsteuer wird sich 1977 auf etwa 9,5% erhöhen (1976 8,2%). Die Mehreinnahmen aus der Progressionswirkung lassen sich auf etwa 5,5 Mrd. S schätzen, wovon allerdings nur knapp die Hälfte dem Bund verbleibt. Auch diesen Mehreinnahmen stehen dämpfende Effekte aus den gewinnabhängigen Steuern (Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer) gegenüber. Die Einnahmen aus diesen Steuern steigen wegen der rückläufigen Gewinne 1975 und der Auswirkungen der Einkommensteuersenkung unterproportional.

Auf Grund der zeitlichen Verzögerung, die bei den veranlagten Steuern zwischen Entstehen des Gewinns und der Steuerzahlung besteht, kann aus dieser Entwicklung jedoch *nicht* auf eine Senkung der Steuerbelastung der Gewinne im Jahre 1977 geschlossen werden. Sie läßt nur erkennen, daß sich die Liquiditätssituation, der cash flow, der Unternehmungen bessert. Unter der Annahme, daß der Anteil der Steuern, der aus den Einkommen aus Besitz und Unternehmung 1977 zu zahlen ist, im Vergleich zu 1975 konstant geblieben wäre, lassen sich Mindereinnahmen von knapp 6 Mrd. S errechnen.

An Hand der Steuerbelastung läßt sich deutlich zeigen, daß die Mehreinnahmen durch die Mindereinnahmen weitgehend kompensiert werden. Die Steuererhöhungen und die Progressionswirkung hätten eine Erhöhung der Steuerbelastung des BNP im Jahre 1977 um mehr als 1 Prozentpunkt erwarten lassen. Tatsächlich steigt sie jedoch um 0,3 Prozentpunkte.

Abbildung 1

Steueranteile



Übersicht 6

Aufkommenselastizitäten

	Steuern brutto	Steuern netto	Leistungs-
			einnahmen der Bundesbetriebe
bezogen auf das BNP			
1955/75	1.11	1.05	
1955/60	1.02	0.89	
1960/65	1.24	1.20	
1965/70	1.13	1.12	
1970/75	1.03	0.97	0.67
1975	0.80	0.81	0.93
1976	0.99	0.99	1.22
1977	1.12	1.14	1.09

Neben den Steuererhöhungen läßt auch die *Progressionswirkung* in der Lohnsteuer eine Erhöhung der Aufkommenselastizität und Mehreinnahmen erwarten. Die Belastung der steuerpflichtigen Massen-

Die gegenläufigen Effekte bewirken, daß sich 1977 die *Aufkommenselastizität* der Steuern zwar im Vergleich zu den Vorjahren erhöht, als sie auf Grund von Sonderfaktoren besonders niedrig war, aber nicht höher als im Durchschnitt der Jahre 1955/1975 sein wird und nicht unerheblich unter jener der sechziger Jahre bleibt. Auch das Verhältnis von ausschließlichen und gemeinschaftlichen Bundesabgaben am Nettosteueraufkommen wird sich 1977 nur geringfügig verbessern lassen. Der Anteil der ausschließ-

lichen Bundesabgaben steigt 1977 zwar auf 35,5% (1976 35,2%), ist aber doch erheblich niedriger als in den vorangegangenen Jahren (1973: 43,3%; 1975 39,6%). Dieser Rückgang läßt sich nur zum Teil auf den Zollabbau zurückführen. Insgesamt läßt sich daher feststellen, daß die Zielsetzung, die Struktur-schwächen zu mildern, auf Grund der gegenläufig wirkenden Faktoren nur beschränkt erreicht wurde. Die Einnahmentwicklung des Bundes ist ferner mit dem Problem der zweckgebundenen Einnahmen belastet, das auch die Ausgaben berührt. In den letzten Jahren sind die zweckgebundenen Einnahmen überproportional gestiegen. Von den Steuern (netto) und steuerähnlichen Einnahmen ist rund ein Viertel zweckgebunden. Diese Entwicklung wird sich auch 1977 fortsetzen, weil die neu eingeführte Bundeskraftfahrzeugsteuer eine zweckgebundene Abgabe ist. Der hohe Anteil an zweckgebundenen Einnahmen erschwert es, die Ausgabensteigerungen einzudämmen, weil die Einnahmensteigerungen die Forderung nach zusätzlichen Ausgaben unterstützen.

Starke Verschiebungen in der Ausgabenstruktur

Die *Ausgabenstruktur* im Grundbudget zeigt im Vergleich zu den Vorjahren starke Verschiebungen, die zumindest kurzfristig die beschränkten Möglichkeiten in der Ausgabengestaltung erkennen lassen. Jene Ausgaben, deren Höhe bereits durch vergangene Entscheidungen vorbestimmt ist, oder die durch zweckgebundene Einnahmen finanziert werden, stiegen überproportional. So haben die Anteile der Finanzierungsausgaben, vor allem die Zinsen für die Inlandsschuld, und die Umverteilungsausgaben, die zu einem erheblichen Teil aus zweckgebundenen Einnahmen finanziert werden, zugenommen. Die für eine Dämpfung des Ausgabenanstieges in Frage kommenden Ausgaben zur Erstel-

Übersicht 8

Ausgaben an private Haushalte				
	1975 Erfolg	1976 Schätzung	1977 BVA	Veränderung 1977 gegen 1976 in %
	Mrd S			
Personalaufwand ¹⁾ (Aktive)	52,2	58,8	62,3	+6,0
Transfers an private Haushalte	62,2	69,9	76,4	+9,3
Summe	114,4	128,7	138,7	+7,8
In % des persönlichen Bruttoeinkommens	20,3	20,6	20,1	

¹⁾ Einschließlich Landeslehrer und personalaufwandsähnlicher Ausgaben im Sachaufwand.

lung von Leistungen machen im Grundbudget 1977 nur 46,2% der Gesamtausgaben aus (1976: 47,0%; 1975: 48,4%). Der Versuch, den Ausgabenanstieg dennoch zu verringern, trifft daher vor allem die öffentlichen Aufträge und die Ausgaben an private Haushalte.

Auf die *Ausgaben an private Haushalte* entfallen rund 56% der gesamten Ausgaben des Bundes. Rund 20% der gesamten persönlichen Bruttoeinkommen stammen direkt oder in Form von Zuschüssen an die Pensionsversicherungen und Ausgleichszulagen aus dem Bundeshaushalt. Die Entwicklung dieser Ausgaben beeinflusst den privaten Konsum erheblich.

Insgesamt steigen die Ausgaben an private Haushalte mit knapp 8% deutlich langsamer als die persönlichen Bruttoeinkommen, die aus dem privaten Bereich stammen. Im Bundesvoranschlag 1977 wird versucht, die Zuwachsrate des *Personalaufwandes* für aktive Bedienstete im Vergleich zu den vorangegangenen Jahren zu reduzieren. Wenn es gelingt, den Stand an Bediensteten, wie vorgesehen, um 3.100 Personen zu senken, und falls im kommenden Jahr über die bereits feststehenden Gehaltserhöhungen hinaus keine weiteren Steigerungen gewährt werden, dann würde der Personalaufwand für aktive Bedienstete (einschließlich Landeslehrer und solcher personalaufwandsähnlicher Ausgaben, die im Sachaufwand verrechnet werden¹⁾) um rund 6% steigen. Das wäre erheblich weniger als die private Lohn- und Gehaltssumme. Auch pro Kopf würden die Gehaltssteigerungen der Bundesbediensteten mit rund 7% hinter jenen im privaten Sektor zurückbleiben. Allerdings ist zu berücksichtigen, daß in den vergangenen Jahren die Gehaltssteigerungen beim Bund höher waren als im privaten Bereich. Im Zeitraum 1975/1977 sind die Steigerungen der Pro-Kopf-Gehälter in beiden Bereichen fast gleich groß.

¹⁾ Dazu zählen insbesondere Aufwandsentschädigungen, Auslandszulagen, Taggelder für Präsenzdienler, Remunerationen für Lehrbeauftragte usw. Diese Ausgaben werden nunmehr auch in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung in der öffentlichen Lohnsumme verrechnet. Insgesamt sind diese Ausgaben 1977 mit 3,22 Mrd S präliminiert.

Übersicht 7
Ausgaben in ökonomischer Gleichung

	1975 Erfolg	1976 Schätzung	1977 BVA	Veränderung 1977 gegen 1976 in %
	Mrd S			
Nachfrageunwirksame Ausgaben	15,2	20,7	20,2	-2,4
Ausgaben zur Erstellung von Leistungen	95,1	105,8	111,2	+5,1
Umverteilung	62,2	69,9	76,4	+9,3
Finanzierung	24,2	28,6	33,0	+15,4
Gesamtausgaben	196,7	225,0	240,8	+7,0
In % der Gesamtausgaben				
Nachfrageunwirksame Ausgaben	7,7	9,2	8,4	
Ausgaben zur Erstellung von Leistungen	48,4	47,0	46,2	
Umverteilung	31,6	31,1	31,7	
Finanzierung	12,3	12,7	13,7	
Gesamtausgaben	100,0	100,0	100,0	

Die *Transferausgaben* (einschließlich der Zuschüsse an die Pensionsversicherungen und Ausgleichszulagen) fallen größenordnungsmäßig stärker ins Gewicht als der Personalaufwand. Sie lassen die große Bedeutung, die der Bundeshaushalt in der Umverteilung hat, deutlich erkennen. Mehr als die Hälfte der gesamten Transferausgaben (brutto) stammt aus dem Bundeshaushalt. Sie steigen mit 93% stärker als der Personalaufwand und auch als die Gesamtausgaben des Bundes.

Es ist auch schwieriger, die Zuwachsrate der Transferausgaben zu dämpfen als jene der Personalausgaben. Die Transfers werden zu einem erheblichen Teil aus zweckgebundenen Einnahmen finanziert, die neben den Umverteilungserwägungen den Druck zu erhöhten Ausgaben verstärken. Außerdem sind sie von automatischen Stabilisatoren stark abhängig. Im Familienlastenausgleich wird daher für Familienbeihilfen auf Grund der Anhebung um rund 13% mehr aufgewendet werden müssen als 1976. Auch in der Arbeitslosenversicherung ermöglichen die zweckgebundenen Einnahmen Leistungsverbesserungen und außerdem Transfers an private Haushalte im Rahmen des Arbeitsmarktförderungsgesetzes (483 Mill. S; 1975: 271 Mill. S).

Die Ausgaben in der *Pensionsversicherung* sind von Automatismen abhängig und kurzfristig nicht beeinflussbar. 1977 werden die Zuwachsraten der Zuschüsse (+8½%) jedoch dadurch gedämpft, daß einerseits auf Grund der Auswirkungen der Rezession der Anpassungsfaktor für die Pensionserhöhungen mit 7% niedriger als in den Vorjahren festgesetzt wurde und andererseits die Einnahmen der Pensionsversicherungen wieder stärker steigen.

Zurückhaltung bei den Aufträgen

Noch deutlicher als bei den Ausgaben an private Haushalte ist bei den Aufträgen die Absicht zu erkennen, die Ausgabensteigerungen zu dämpfen.

Die nominelle Zunahme der Ausgaben für Investitionen um 5% und für sonstige Käufe von Gütern und Diensten um 4% bedeutet, daß der Bund 1977 real weniger anschaffen kann als 1976. Der Anteil der *Bundesinvestitionen* (einschließlich Betriebe) an den gesamten Investitionen ist rückläufig und wird 1977 rund 10% betragen (1975 und 1976 jeweils rund 11%). Eine zurückhaltende Investitionstätigkeit wirkt sich bei den Bauten stärker aus als bei den Ausrüstungen. Die Bauinvestitionen des Bundes würden auf Grund des Voranschlags um rund 5% höher sein als 1976, wobei zwar für Straßen (63 Mrd. S) mehr, für Hochbauten aber (43 Mrd. S) sogar nominell weniger Ausgaben vorgesehen sind. Auch für Ausrüstungen ist bei einer Ausgabensteigerung von

Ausgaben für Aufträge

	1975	1976	1977	Veränderung 1977 gegen 1976 in %
	Erfolg	Schätzung	BVA	
	Mrd. S			
Investitionen	19.4	21.0	22.0	+4.8
Bauten	14.6	16.1	16.9	+5.0
Ausrüstungen	4.8	4.9	5.1	+4.1
Laufende Käufe von Gütern und Leistungen	22.1	24.9	25.8	+3.6
Investitionsförderung (einschl. Lawinen- verbauung)	6.5	7.1	7.4	+4.2
Summe	48.0	53.0	55.2	+4.2

Übersicht 9

3,5% real kein höheres Investitionsvolumen zu erwarten.

Vom Grundbudget werden daher 1977 weder auf die Bauwirtschaft noch auf die Investitionsgüterindustrie Impulse ausgehen. Diese Feststellung gilt auch, wenn man jene Ausgaben für sonstige Käufe und Leistungen berücksichtigt, die sich weniger in ihrer Nachfragewirkung, sondern aus konventionellen Gründen (Landesverteidigung, Instandhaltung) von den Investitionen unterscheiden.

Diese Aussage muß jedoch modifiziert werden, wenn der *Konjunkturausgleichshaushalt* mit berücksichtigt wird. In der Stabilisierungsquote sind Investitionsausgaben von 178 Mrd. S vorgesehen, die vor allem jenen Bereichen zufließen, deren Zuwendungen im Grundbudget nahezu stagnieren, dem Hochbau und den Fahrzeugen. Unter Berücksichtigung der Stabilisierungsquote würden die Investitionsausgaben 1977 insgesamt um 13% steigen. Neben den Investitionen sieht die Stabilisierungsquote rund 0,74 Mrd. S für den Kauf von sonstigen Gütern und Leistungen vor. Diese Ausgaben werden zur Anschaffung von Gütern für die Landesverteidigung und für Instandhaltungen verwendet. Unter Berücksichtigung der Stabilisierungsquote wären die Ausgaben für sonstige Käufe von Gütern und Leistungen um 6½% höher als 1976. Wenn auch die Konjunkturbelebungsquote, also der gesamte Konjunkturausgleichshaushalt eingesetzt würde, ergäbe sich eine Zunahme der Investitionsausgaben um rund 23%, nahezu so stark wie 1975.

Unterschiede zwischen Gebarung und Wirtschaftsrechnung der Bundesbetriebe

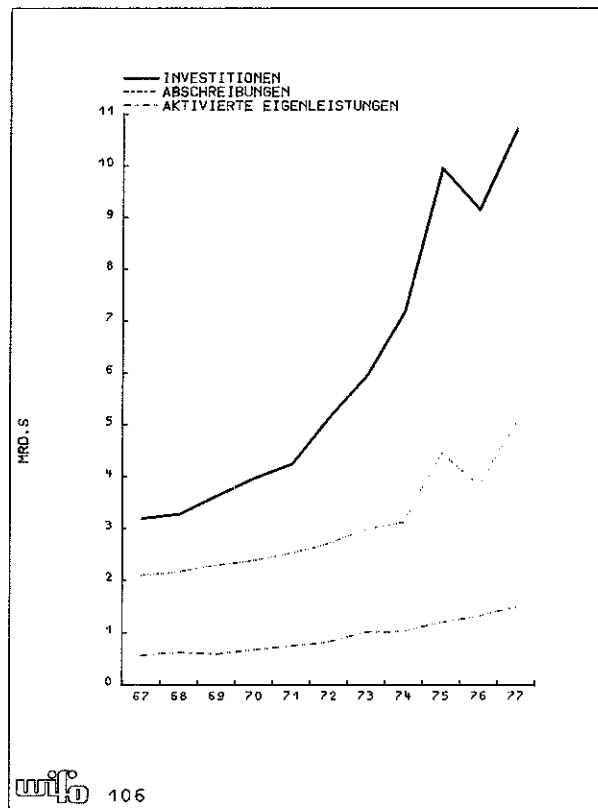
Eine Untersuchung des Bundeshaushalts muß berücksichtigen, daß die Betriebe mit ihren gesamten Einnahmen und Ausgaben enthalten sind und der *Gebarungsabgang der Betriebe* das Bruttodefizit im Bundeshaushalt erheblich beeinflusst. Im Voranschlag 1977 entfallen vom gesamten Abgang rund 20% auf die Betriebe, unter Berücksichtigung der Pensions-

übernahmen und Subventionstarifabgeltungen sind es fast 40%. Obgleich sich zur Zeit nicht abschätzen läßt, ob und zu welchem Zeitpunkt bzw. in welcher Form weitere Bundesbetriebe aus dem Bundeshaushalt ausgegliedert werden können, ist es dennoch für die Beurteilung des Bundeshaushalts zweckmäßig zu untersuchen, wie er sich entwickeln würde, wenn der Bund bloß für ausgeglichene Bilanzen zu sorgen hätte.

Im Unternehmenssektor, zu dem die Bundesbetriebe in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung gehören, ist zwischen Ausgaben und Einnahmen einerseits und Aufwendungen und Erträgen in der Gewinn- und Verlustrechnung andererseits streng zu unterscheiden. Der Unternehmenssektor insgesamt hat Ausgabenüberschüsse, die durch Kreditaufnahmen finanziert werden müssen, hingegen übersteigen die Erträge insgesamt die Aufwendungen. Diese Unterschiede zeigen sich, zumindest der Tendenz nach, auch in den Bundesbetrieben, bei denen die Budgetgebarung der Einnahmen-Ausgaben-Rechnung und die Aufwands-/Ertragsrechnung der Wirtschaftsrechnung entspricht.

Abbildung 2

Netto-Investitionen und aktivierte Eigenleistungen der Bundesbetriebe



Übersicht 10

Gebarungs- und Wirtschaftserfolg der Bundesbetriebe

	1975 ¹⁾		1977	
	Gemäß Gebärungs- rechnung Erfolg	Wirtschafts- rechnung	Gemäß Gebärungs- rechnung Voranschlag	Wirtschafts- rechnung
	Mrd. S			
Bahn	- 7.0	- 3.6	- 6.7	- 3.9
Post	- 3.7	- 0.4	- 2.1	+ 2.2
Monopole ¹⁾	+ 0.6	+ 0.6	+ 0.5	+ 0.6
Übrige Betriebe ²⁾	- 1.0	- 0.7	- 0.9	- 0.9
Insgesamt ³⁾	- 11.1	- 4.1	- 9.2	- 2.0

(+) = Überschuß Gewinn

(-) = Abgang Verlust

¹⁾ Salzmonopol. Glücksspielmonopol. Branntweinmonopol. - ²⁾ Staatsdruckerei, Bundestheater, Forste Hauptmünzamt - ³⁾ Einschließlich der Abgeltung der Pensionen und der Subventionstarife wäre sowohl der Abgang in der Gebärungs- als auch in der Wirtschaftsrechnung 1977 um 7.87 Mrd. S höher (1975 6.37 Mrd. S)

In der Gebarung der Bundesbetriebe wird für 1977 ein *Ausgabenüberschuß* von 9.2 Mrd. S erwartet. Er übersteigt damit den *Verlust*, der in den Wirtschaftsvoranschlägen mit insgesamt 2 Mrd. S ausgewiesen wird, um 7.2 Mrd. S. Auch für 1975 läßt sich auf Grund der bereits feststehenden Daten ein ähnlich großer Unterschied zwischen Gebarung und Wirtschaftsrechnung erkennen. Wenn der Bund nur für ausgeglichene Bilanzen der Betriebe zu sorgen hätte, wäre somit sowohl das Bruttodefizit im Jahre 1975 als auch das präliminierte für 1977 um etwa 7 Mrd. S niedriger.

Die Differenzen betreffen fast ausschließlich Bahn und Post. Sie ergeben sich erstens dadurch, daß im Budget die Investitionsausgaben (Brutto-Investitionen), in den Wirtschaftsrechnungen hingegen die Abschreibungen verrechnet werden. Diese Differenz, die den *Netto-Investitionen* entspricht, ist in den letzten Jahren stark gestiegen (1973 3.0 Mrd. S; 1975 5.5 Mrd. S). Für 1977 wird eine weitere leichte Zunahme erwartet (5.7 Mrd. S). Zweitens belasten zwar die Ausgaben für selbsterstellte Anlagen das Budget, es fehlen aber im Gegensatz zur Wirtschaftsrechnung entsprechende Einnahmenposten. Die *aktivierten Eigenleistungen* haben 1975 rund 1.2 Mrd. S betragen, für 1977 wird mit rund 1.5 Mrd. S gerechnet.

Die Differenz zwischen Gebarung und Wirtschaftserfolg täuscht jedoch insofern, als derzeit die gesamten Zinsen in der Hoheitsverwaltung verrechnet werden weil sich die Kreditaufnahmen nicht zwischen Hoheitsverwaltung und Betriebe trennen lassen. Wenn die Betriebe ausgegliedert wären, würde der Zinsaufwand das Wirtschaftsergebnis schmälern. Die Verringerung des Bruttoabganges des Bundeshaushalts würde daher vermutlich bei einer Ausgliederung zumindest nach einer gewissen Zeit geringer werden.

Zusammenfassung

Der Bundesvoranschlag 1977 ist im Grundbudget durch den Versuch geprägt, die kräftigen expansiven Effekte, die von den Bundeshaushalten der Jahre 1975 und auch 1976 ausgingen, zu dämpfen. Durch Steuer- und Tariferhöhungen sowie die Auswirkungen der Lohnsteuerprogression werden die Entzugseffekte der Einnahmen etwas stärker, die nachfragewirksamen Ausgaben hingegen schwächer ausgeweitet als das Produktionspotential, das damit weniger durch den Bund beansprucht wird. Die Saldenveränderungen unterstreichen diese Entwicklung. Sowohl der ungewichtete, als auch jener Saldo, der die unterschiedlichen Nachfrage- und Entzugseffekte berücksichtigt, verringern sich bezogen auf das Brutto-Nationalprodukt. Allerdings darf nicht unberücksichtigt bleiben, daß sich die Budgetwirkungen überschneiden. Es werden daher einerseits expansive Wirkungen aus dem Bundeshaushalt 1976 noch 1977 spürbar sein, und andererseits werden sich die geringeren Impulse des Bundesvoranschlages 1977 teilweise erst 1978 auswirken.

Die Wirkungen der Lohnsteuerprogression schmälern den Zuwachs der verfügbaren Einkommen 1977 um etwa 1%. Von den Ausgaben sind ebenfalls keine

zusätzlichen Wirkungen auf die persönlichen Einkommen zu erwarten. Vom Bundeshaushalt dürften daher auf den privaten Konsum, wenn man überdies noch die Erhöhung einzelner Steuern von der Einkommensverwendung berücksichtigt, dämpfende Wirkungen ausgehen. Auch bei den Investitionen sind vom Grundbudget keine Impulse zu erwarten, so daß insgesamt das Grundbudget die Inlandsnachfrage nicht zusätzlich belebt.

Sollte sich jedoch die dämpfende Wirkung des Grundbudgets als zu stark erweisen, würden diese Effekte durch eine Freigabe der Stabilisierungsquote zumindest teilweise kompensiert. Sowohl die Inanspruchnahme des Produktionspotentials als auch der gewogene inlandwirksame Saldo bezogen auf das Brutto-Nationalprodukt wäre dann etwa gleich hoch wie 1976. Wenn der gesamte Konjunkturausgleichshaushalt zum Einsatz käme, wäre sowohl in der Inanspruchnahme des Produktionspotentials als auch in den Zuwachsraten der nachfragewirksamen Ausgaben mit etwa gleich großen Nachfrageimpulsen wie 1975 zu rechnen. Die Zielsetzung der Konsolidierung würde dann allerdings zugunsten einer Konjunkturstützung aufgegeben werden.

Gerhard Lehner